

# Leserbriefe

## Politische Aspekte des Managed-Care-Entscheides



Bei den Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen über die MC-Vorlage des Parlaments habe ich wiederholt festgestellt, dass vielen die politische Tragweite dieser Vorlage für uns Haus- und Kinderärzte nicht bewusst ist. Es reicht z.B. nicht, nur zu überlegen, ob ich persönlich einem Netzwerk beitreten möchte oder nicht.

Ursprünglich wollte das Parlament den Kontrahierungszwang aufheben. Man war der Ansicht, die Krankenkassen könnten am besten beurteilen, mit welchen «kostengünstigen» Ärzten sie Verträge abschliessen wollten und mit welchen «schwarzen Schafen» nicht. Um dies zu verhindern, schlugen die Ärzte (FMH etc.) als Alternative den Ausbau und gesetzliche Bevorzugung von MC-Modellen vor.

Nach langer parlamentarischer Entwicklungsarbeit unter Zutun der Ärzteschaft einigten sich Stände- und Nationalrat im Herbst auf einen Kompromiss. Versuche von anderen Playern im Gesundheitswesen, die Vorlage in deren Interesse umzugestalten, konnten von uns grösstenteils abgeblockt werden.

Oppositionelle Kreise in der FMH verlangten noch vor dem definitiven Entscheid des Parlaments kurzfristig während der Sommerferien eine Urabstimmung. Wenig überraschend beschliesst eine Mehrheit der abstimmenden Ärzte – in Unkenntnis des definitiven Gesetzestextes –, das Referendum zu ergreifen.

Zwei Punkte möchte ich dabei betonen: Der Zeitpunkt des Referendums deutet darauf hin, dass es v.a. um die Idee der Vorlage und weniger um die Ausgestaltung ging. «Wenig überraschend» für mich, weil vordergründig die Idee von MC gegen die Interessen einer Mehrheit der FMH-Mitglieder (v.a. Spezialisten und Spitalärzte als zukünftige Spezialisten) gerichtet ist. Allerdings nur, wenn man ignoriert, dass die Alternative die Aufhebung des Kontrahierungszwanges war und ist!

Welches politische Signal sendet die FMH mit dem Referendum an die Politik? Ärzte sind prinzipiell gegen MC? Ärzte sind unzuverlässig?

Um dem entgegen zu wirken, will die FMH einen Gegenvorschlag ausarbeiten. Dieser braucht aber Substanz, um als Alternative zur MC-Vorlage wahrgenommen werden zu können. Beinhalten könnte dieser Gegenvorschlag z.B. finanzielle Anreize, damit auch Menschen mit schlechten Risiken MC-Verträge abschliessen, eine Beschränkung des freien Zugangs zum Spezialisten oder die Möglichkeit, auf die schwarzen Schafe unter den MC-Ärzten Druck ausüben zu können (Ziel der Budgetmitverantwortung). Ohne echte Substanz wäre der FMH-Gegenvorschlag eine leicht durchschaubare Alibiübung! Aber wollen die MC-Gegner unter den Ärzten wirklich einen substantiellen Gegenvorschlag?

Abgesehen davon ist es unrealistisch zu glauben, das Parlament überarbeite nochmals seine Vorlage. Abgestimmt wird über den jetzigen Vorschlag und nach einer Niederlage sucht die Politik andere Wege, um zum Ziel zu kommen. Die Aufhebung des Kontrahierungszwangs wird nur ein Teil davon sein! Ob die FMH dabei noch als verlässlicher Verhandlungspartner wahrgenommen wird?

Es wird auch geäussert, die FMH müsse zusammenhalten und man müsse diesen demokratischen Entscheid der Urabstimmung geeint gegen aussen tragen. Ausserdem riskiere man, dass die FMH die Hausarztinitiative nicht mehr unterstützt.

Nur sollen wir einen überhasteten Entscheid, der unseren Interessen zuwiderläuft, mittragen? Auch die politischen Parteien fühlen sich nicht an einen Parlaments- oder Volksentscheid gebunden, wenn sie anderer Ansicht sind. Wie oft haben uns unsere Kollegen der anderen Fachverbände unterstützt und für uns auf etwas verzichtet? Wer garantiert uns, dass bei der Hausarztinitiative nicht das gleiche passiert wie bei der MC-Vorlage? Es ist vermutlich gar nicht schlecht, wenn MFE zeigt, dass der Verband sich für die Interessen seiner Mitglieder einsetzt.

Neben der standespolitischen Ebene dürfen wir aber Bundesbern nicht vergessen: Was passiert, wenn wir Haus- und Kinderärzte die MC-Vorlage des Parlaments ablehnen? Welche Politiker und Bundesbeamte helfen uns zukünftig in Bern, wenn wir jetzt diesen Vorschlag torpedieren? Wer unterstützt uns bei der Hausarztinitiative, wenn wir eine parlamentarische Vorlage ablehnen, welche versucht, die Stellung des Haus- und Kinderarztes zu stärken? Wer unterstützt uns bei der TARMED-Revision bezüglich dem neuen Kapitel 40 gegen die Interessen von santésuisse und anderer Fachverbände?

Schauen wir die MC-Vorlage aus Sicht des Haus- und Kinderarztes an, so ist sie ein Kompromiss, bei dem die Vor- die Nachteile überwiegen (z.B. wird der Haus- und Kinderarzt als erste Anlaufstelle gefördert, Unabhängigkeit der Ärztenetze wird garantiert [keine SWICA-Zentren mehr möglich], der Bundesrat kann Versicherungen zwingen, mit Ärzten Verträge einzugehen usw.).

Zusammenfassend löst diese Vorlage unsere Probleme nicht, aber sie geht in die richtige Richtung. Eine Ablehnung wäre politisch äusserst unklug und würde unserer Sache in Zukunft noch lange schaden! Deswegen habe ich als MFE-Delegierter zusammen mit der Mehrheit gegen das Referendum und für eine aktive Unterstützung der MC-Vorlage gestimmt!

*Dr. med. Philipp Jenny, Delegierter des MFE, Vorstandsmitglied der SGP, 9450 Altstätten*